

Kassenchefs frustriert

## „GKV finanziell am Abgrund“

**Wer auch immer künftig im Bundesgesundheitsministerium sitzt – er hat eine große Bürde zu tragen. Darin waren sich die Vertreter von AOK und Barmer auf dem „Kassengipfel“ am Mittwoch in Berlin einig. Die Finanzen in der GKV laufen nach Meinung der Kassenmanager völlig aus dem Ruder. Gleichzeitig seien wichtige Reformen verpennt worden.**



Litsch: "Der Reformstau ist riesig groß."

(c) Screenshot

Martin Litsch ist nur noch bis zum Jahresende Vorstandschef des AOK Bundesverbandes – und scheint das wenig zu bedauern. „Die Zeiten für Kassenvorstände sind nicht leicht. Vielleicht ist der Rückzug da ein Privileg“, sinnierte der 64jährige Verbandschef. „Gesundheit ist derzeit auch im Wahlkampf kein Thema. Der Reformstau ist aber riesig groß.“

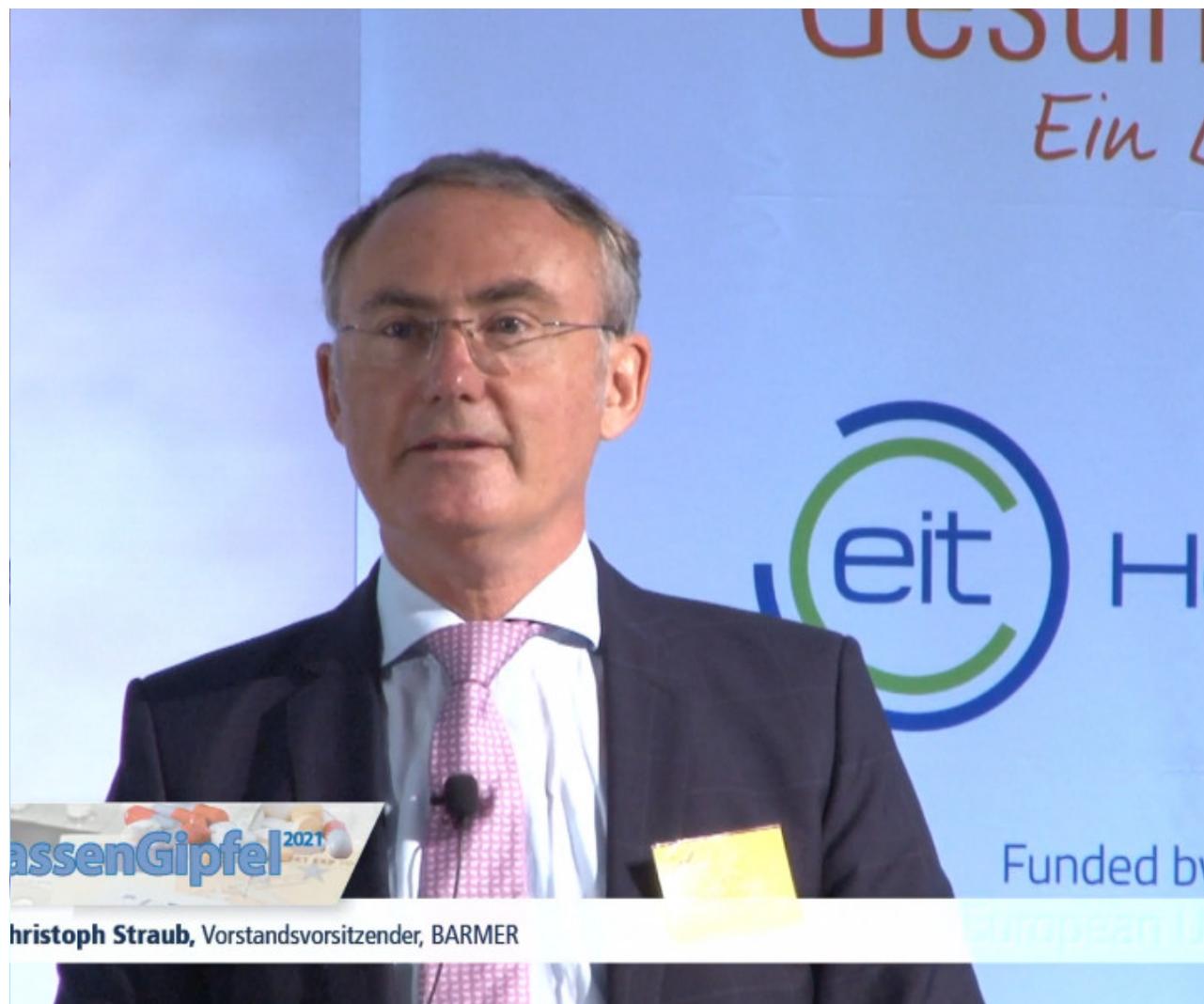
Er komme nicht umhin, Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ein bescheidenes Zeugnis für seine Amtszeit auszustellen. „Bei der Notfallversorgung gab es keinen Durchbruch. Nicht einmal beim Entlassmanagement sind nötige Schritte unternommen worden.“ Das gelte auch für die Arzneimittel-Preise und die Gestaltungsräume für die Kassen. Noch nicht einmal Versucht habe das Ministerium unter Spahn gemacht, die Reform an der Schnittstelle von ambulanter und stationärer Versorgung anzugehen. „Dann gab es nur ein Pflegereformchen – unausgegoren und unterfinanziert“, zählte Litsch weiter auf. Plötzlich sei auch wieder die Existenz eines öffentlichen Gesundheitsdienstes aufgefallen.

„Und dann haben wir bei der Digitalisierung viel Aktionismus erlebt. Die Ergebnisse waren aber ernüchternd.“ Die elektronische Patientenakte sei ein Beispiel für unausgegrenzte Gesetzgebung in diesem Bereich. „Deshalb haben wir jetzt mit dem Bundesdatenschützer Stress.“ Die Kassen könnten nur aussuchen, ob sie sich mit dem Ministerium oder den Datenschützer anlegten. „Das macht doch alles keinen Spaß.“

Die Passivität der Politik komme zu einer Zeit, in der die GKV aufgrund der Pandemie und der in der Vergangenheit gestiegenen Ausgaben „finanziell am Abgrund“ stehe. „Noch einmal können wir die Rücklagen nicht ausgeben, um die Entwicklung abzupuffern. Die sind weg“, warnte der AOK-Chef. Man müsse kein Hellseher sein, um stark steigende Zusatzbeiträge für die Versicherten vorherzusagen. „Das Versprechen, dem System mit zusätzlichen Steuermitteln zu helfen, ist auch erst einmal bis hinter die Wahl verschoben worden.“ Das sei eine große Bürde für die nächste Regierung.

Nötig sei ein effektives Kostenmanagement. So müsse auch bei den Leistungserbringern eine Grundlohnbindung wieder Thema werden. Die Ausgaben dort seien in den „vergangenen zehn fetten Jahren“ deutlich stärker als die Löhne gestiegen.

Darüber hinaus müsse die Bedarfsplanung reformiert werden. Es werde alles immer noch nach der Arzt-Einwohner-Relation festgelegt – ohne die stationäre Versorgung einzubeziehen. „Und bei den Krankenhäusern wird immer nur nach der Bettenanzahl geschaut. Welche Leistungen angeboten werden, scheint egal.“ Nötig sei es, ein „Big Picture“ der Versorgungslandschaft zu erstellen, an dem die Strukturen ausgerichtet werden. Es müsse dafür bundesweite Vorgaben geben. Nur wenn die Versorgung optimiert und Überkapazitäten abgebaut würden, „werden wir finanziell keinen Schiffbruch erleiden“.



Straub: „40 Prozent der Kliniken waren kaum an der Corona-Versorgung beteiligt.“

(c) Screenshot

### „Kalte Marktbereinigung“ bei den Kliniken?

Ähnlich äußerte sich Barmer-Chef Prof. Christoph Straub. In Dänemark gebe es nur noch Kliniken mit mehr als 1.000 Betten. Hierzulande eine große Landschaft von kleinen Krankenhäusern mit zu vielen Betten und Maximalversorger mit zu wenig Kapazitäten. „Wir haben die doppelte Facharztschiene.“ Das gebe es in keinem Land so.

Straub brach allerdings eine Lanze für die ambulante Versorgung. Nur durch die Leistungsfähigkeit der ambulanten Kapazitäten – insbesondere der Hausärzte – sei Deutschland mit vergleichsweise wenig Corona-Todesfällen und überlasteten Kliniken bislang durch die Pandemie gekommen. „40 Prozent der Kliniken waren kaum an der Corona-Versorgung beteiligt“, so Straub.

Der Barmer-Chef sprach sich für eine stärkere Ambulantisierung aus – und unterstütze auch das von der KBV vorgeschlagene Modell, nach dem kleinere Kliniken in ambulante Zentren umgewandelt werden. So könne an jedem heutigen Klinikstandort die Versorgung aufrecht erhalten werden. Die schweren Fälle würden dann in gut ausgebildeten großen Kliniken versorgt.

Gebe es aber keine Reform, gerieten die Häuser immer mehr in finanzielle Bedrängnis. Noch seien viele Krankenhäuser durch Corona-Hilfen über Wasser. Es drohe danach allerdings eine „kalte Marktberreinigung“.

Zum Thema DRG betonte Straub, dass es eigentlich ein international bewährtes Finanzierungsinstrument für die Kliniken sei. „Es hat auch noch keiner der Kritiker ein Modell vorgeschlagen, wie es besser geht.“ Problem sei, dass hierzulande nicht die erforderlichen Rahmenbedingungen für die DRG geschaffen worden seienn. Dann kämen die Länder auch nicht einmal ihren Finanzierungsverantwortungen den Häusern gegenüber nach. Daher sei zu fordern, dass der Bund darüber eine stärkere Ausfischt bekomme.

---

15.09.2021 13:21, Autor: js, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG

Quelle: <https://www.aend.de/article/214206>